

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Horst Arnold

Abg. Andreas Krahl

Abg. Dr. Marcel Huber

Abg. Roland Magerl

Abg. Gerald Pittner

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Staatssekretär Gerhard Eck

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Corona-Schutzausrüstung für Rettungsorganisationen und Pflegeeinrichtungen muss finanziert werden! (Drs. 18/7819)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schutzausrüstung muss vom Freistaat bezahlt werden - Verpflichtung aus Katastrophenschutzgesetz nachkommen (Drs. 18/7844)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Herrn Kollegen Horst Arnold von der SPD-Fraktion das Wort.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Rettungsdienst, stationäre Pflege, ambulante Pflege und Katastrophenschutz, das sind die Kernaufgaben der Hilfsorganisationen. Schon jetzt vielen Dank für den unschätzbaren Einsatz und die unschätzbaren Leistungen der Verantwortlichen und Beschäftigten! Sie sind nicht nur die Helden des Alltags, sondern gewissermaßen auch die Garanten des Alltags.

(Beifall bei der SPD)

Zur Wahrnehmung dieser Kernaufgaben bedarf es natürlich einer Personenschutzkleidung. Der Schutz der Retterinnen und Retter sowie der Pflegekräfte ist unumstößlich eine Grundvoraussetzung. Häufig haben diese Personen selbstlos gehandelt, obwohl sie nur sehr dürftiges Material verfügbar hatten. Wer weiß denn, ob der verunfallte Radfahrer nicht auch Corona-Überträger ist? Meine Damen und Herren, eigentlich ist derzeit jeder Rettungsakt ein Corona-Einsatz.

Die Beschaffung dieses Materials zur Aufgabendeckung geschah staatlicherseits aus unterschiedlichen Gründen nie in der notwendigen Weise, trotz teilweise großspuriger Versprechen. Nicht zuletzt auch deshalb haben sich die Hilfsorganisationen, nämlich das BRK, der Arbeiter-Samariter-Bund, das THW, die Bergwacht, die Johanniter, die Malteser, das MHW, die Wasserwacht und nicht zuletzt die DLRG in Bayern vorbildlich solidarisch und in einzigartiger Weise zur sogenannten ARGE Bevölkerungsschutz unter der Federführung des BRK zusammengeschlossen.

Ich betone: Aus Eigenmitteln und mit hoher Expertise wurden bislang Güter im Wert von circa 27 Millionen Euro beschafft, eingesetzt und verteilt. Dabei handelt es sich nicht nur um Schutzmasken. Es handelt sich vielmehr auch um Schutzkittel, Handschuhe und Schutzbrillen. Ja, der Freistaat Bayern hat 7 Millionen Euro Soforthilfe geleistet. Aber, meine Damen und Herren, 20 Millionen Euro sind noch offen. Es geht auch noch weiter: Für den Monat Juni stehen in diesem Gremium Beschaffungsentscheidungen im Umfang von 1,92 Millionen Euro an.

Es ist nicht die Kernaufgabe der Rettungsorganisationen, bei einem Bedarf von Schutzkleidung finanziell in Vorleistung zu gehen. Die Preise sind volatil. Derzeit sind wir den Angebotsmärkten ausgeliefert. Sollten die Rettungsorganisationen in Vorleistung treten müssen, sollte dies nicht mit Befürchtungen hinsichtlich der Liquidität und Solvenz verbunden sein. Die Organisationen brauchen die Sicherheit, dass die Kosten von dem getragen werden, für dessen Aufgaben sie eingesetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Derzeit wird darüber gestritten, ob die Einsatzleistungen unter dem Stichwort "Bevölkerungsschutz" von den Krankenkassen oder unter dem Stichwort "Katastrophenschutz" vom Freistaat Bayern getragen werden müssen. Darunter dürfen die tatsächlichen Leistungserbringer nicht leiden. Es kann doch nicht sein, dass die Hilfsorganisationen mittelfristig oder auf Dauer das Risiko der Beschaffung von Schutzmaterial über Mitgliedsbeiträge abdecken müssen.

Herr Eck, es stimmt, Sie haben einen Termin anberaumt. Dieser Termin wurde auf Montag verlegt. Ich bedanke mich dafür, dass dieser Beratungstermin stattfindet. Aber noch einmal: Angesichts des anstehenden Beschaffungsvolumens von knapp 2 Millionen Euro habe ich kein Verständnis für Vertröstungen und Beschwichtigungen. Sie lehnen diesen Antrag mit dem Hinweis ab: Alles ist in der Mache. – Das stimmt aber nur teilweise. Hier und heute gilt: Die Rettungsdienste sind großzügig und vertrauensvoll in Vorleistung getreten. Sie leisten tatsächlich Bestes. Das ist mehr als lobenswert. Wer in dieser Weise für die Erfüllung staatlicher Aufgaben in Vorleistung geht, hat nicht nur Wertschätzung, sondern auch Sicherheit verdient.

(Beifall bei der SPD)

Geben Sie diese Sicherheit! Geben Sie den Hilfsorganisationen Planungssicherheit! Wir brauchen Planungssicherheit für die Retterinnen und Retter sowie für die Pflegenden! Wir brauchen auch für die Bevölkerung Sicherheit, die mehr denn je von funktionierenden Rettungsorganisationen profitiert.

Dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, der wortgleich ein Teilsegment unseres Dringlichkeitsantrags abbildet, stimmen wir natürlich zu. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Andreas Krahl vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion! Zu den ersten Dingen, die man in der professionellen Pflege lernt, gehört der Grundsatz: Eigenschutz geht vor. Denselben Grundsatz hämmern die Ausbilderinnen und Ausbilder in die Köpfe der angehenden Notfall-Sanis. Das ist weder feige noch egoistisch, sondern schlicht eine Notwendigkeit. Hilfe und Unterstützung braucht Sicherheit. Ehrlich gesagt: Ich dachte nicht, dass ich das hier noch einmal erklären muss. Ich tue das aber für die rechtsradikale Fraktion in diesem Haus.

Das CoV-2 ist ein potenziell tödliches Virus, und es ist ein neues Virus. Weil dieses Virus neu ist, haben wir keine Impfungen und keine medikamentöse Therapie. Genau deswegen müssen wir die Maßnahmen laufend anpassen. SARS-CoV-2 bedroht die Bevölkerung in Bayern und alle Menschen weltweit gleichermaßen. Wir befinden uns noch immer mitten in der Pandemie. Mir ist klar, dass dies 89,8 % in diesem Hohen Hause ganz genauso sehen. Das freut mich ganz besonders. Wir wissen das nicht zuletzt deswegen, weil die Staatsregierung dankenswerterweise bereits Mitte März den Katastrophenfall festgestellt hat. In der Geschichte des Freistaats ist es übrigens das erste Mal, dass der Katastrophenfall für den ganzen Freistaat ausgerufen wurde.

Das war gut, und das ist noch immer gut. Ich möchte das an dieser Stelle explizit betonen. Diese richtige Entscheidung der Staatsregierung spart durch die zentrale Steuerung und durch das Bündeln von Zuständigkeiten kostbare Zeit. Meine Damen und Herren, dies kann in diesen Tagen wirklich Leben retten.

Artikel 7 des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes regelt ganz klar, wer zur Katastrophenhilfe verpflichtet ist. Das sind die Körperschaften des öffentlichen Rechts wie das Bayerische Rote Kreuz und Hilfsorganisationen wie zum Beispiel der Malteserhilfsdienst. Herr Kollege Arnold hat diverse Organisationen aufgezählt. Nichts anderes tun diese Hilfsorganisationen und Körperschaften jetzt. Es sind die Organisationen, auf die wir uns immer verlassen können, ob bei Überschwemmungen, Unfällen, Schneemassen oder eben jetzt bei dieser Pandemie.

Meine Damen und Herren, hier arbeiten Menschen bis an den Rand der Erschöpfung und weit darüber hinaus. Genau für diese Menschen müssen wir Schutzausrüstung zur Verfügung stellen. Das Bayerische Katastrophenschutzgesetz bestimmt in Artikel 11, wer bei einem festgestellten Katastrophenfall für die Kosten aufkommt. Das ist zuvörderst die oberste Katastrophenschutzbehörde. Nachdem jetzt der Katastrophenfall für den gesamten Freistaat gilt, ist das nun einmal die Staatsregierung. Das ist übrigens dieselbe Staatsregierung, die einen Corona-Haushalt nach dem anderen verabschiedet und Hilfspakete in nie dagewesener Höhe schnürt. Das ist dieselbe

Staatsregierung, die mit dem Corona-Pandemie-Sonderfonds, den sie dankenswerterweise stetig aufstellt, für die persönliche Schutzausrüstung der Menschen, die maßgeblich zum Schutz der Bevölkerung beitragen, nicht mehr aufkommen will – gerade jetzt! Noch dazu will sie diese Kosten eventuell auf die Krankenversicherungen abwälzen oder den Organisationen selber überlassen.

Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, ich bitte Sie! Reicht es denn nicht, dass sich die Hilfsorganisationen und die Körperschaften selbst um die Schutzausrüstung bemühen müssen, weil die zentrale Verteilung nicht funktioniert? Auch das hat der Kollege Arnold richtigerweise angesprochen. Sie haben mit der Feststellung des Katastrophenfalls eine beherzte Entscheidung getroffen. Ich bitte Sie jetzt: Tragen Sie die Konsequenzen. Ich kann das auch anders formulieren. Vielleicht verstehen es dann auch die FREIEN WÄHLER. Ich bitte Sie inständig: Zahlen Sie das halbe Hendl, das die Hilfsorganisationen servierfertig auf den Tisch gelegt haben. Die Hilfsdienste haben in Zeiten der Pandemie keine Zeit, Ihnen in den Biergarten nachzurennen, um das ganze Hendl bei irgendwelchen Zuständigen einzufordern. Die Zuständigkeit ist vollkommen klar: Diese liegt bei der Staatsregierung. Ich bitte Sie daher inständig im Sinne unserer systemrelevanten Retter und Retterinnen, im Sinne unserer Pfleger und Pflegerinnen und als Zeichen der Verantwortung für unsere Hilfsorganisationen und für die Körperschaften des öffentlichen Rechts: Bezahlen Sie das halbe servierfertige Hendl. Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Dr. Marcel Huber für die CSU-Fraktion das Wort.

Dr. Marcel Huber (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Schon beim ersten Lesen konnte ich diesem Antrag einiges abgewinnen. Ich möchte gerne eins draufsetzen. Nach den bereits geführten Diskussionen möchte ich die Gelegenheit nutzen, auf das hinzuweisen, was von den Blaulichtorganisationen in diesem

Land tatsächlich geleistet wird. Ich möchte auch die Weißen vom BRK, die Johanniter, die Malteser und den Arbeiter-Samariter-Bund nicht vergessen. Auch die Blauen – THW –, die Roten – die Feuerwehren –, die Bergwacht, die Wasserwacht und die DLRG will ich nicht vergessen. Viele Menschen werfen ehrenamtlich ihr Leben und ihre Gesundheit für uns alle in die Waagschale, um uns in schwierigen Situationen zu helfen. Ich möchte diesen Menschen danken, dass sie dies auch in der Corona-Krise in demselben Ausmaß tun. Diese Menschen machen nämlich nicht nur ihre Arbeit, sondern sie machen diese Arbeit unter erschwerten Bedingungen und unter erhöhtem Aufwand. Ein erhöhter Aufwand besteht nicht nur in materieller Hinsicht, sondern es besteht auch ein erhöhtes Risiko, das diese Menschen ganz persönlich zu tragen haben.

Am besten versteht man das, wenn man es selber erlebt hat. Ich bin nach wie vor bei der Feuerwehr tätig. Wenn man um 2:00 Uhr in der Früh – wie es mir passiert ist – ausrücken muss, sich in einem HLF befindet, im hinteren Teil des Fahrzeugs sieben Feuerwehrleute sitzen und einer hustet, dann ist man trotzdem dabei und fährt raus. Wir wurden zur Befreiung einer eingeklemmten Person aus einem Pkw gerufen. In so einem Fall fällt es schwer, Abstandsregeln einzuhalten und mit einer Maske im Gesicht zusammen mit dem Notarzt und den Rettungssanitätern Menschen zu helfen. Die Menschen im Rettungsdienst, in der Pflege und bei den Transporten im Krankenhaus helfen trotzdem jeden Tag. Dafür sollten wir ihnen einen ganz, ganz herzlichen Dank zurufen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt aber zu Ihrem berechtigten Anliegen: Ich habe mich eingehend zu informieren versucht und weiß, ehrlich gesagt, nicht, woher die Dramatik Ihrer Darstellungen rührt. Wir haben, von katastrophenschutzbedingten Ausgaben abweichend, Kostenträger, die für die Erstattung der Kosten für die Schutzausrüstung der Hilfsorganisationen aufkommen. Wenn die Mittel nicht ausreichen, dann muss man schauen, wo sonst noch Geld herkommen kann. In diesem Punkt stimmen wir absolut überein. Das Geld kann

nicht von den Freiwilligen oder von den Beiträgen zu solchen Vereinen kommen. Der Freistaat muss bei der Beschaffung helfen. Er tut dies physisch, indem er zum Beispiel 10 % des an die Kommunen ausgereichten Materials an die Hilfseinrichtungen gibt. Herr Arnold, er tut es aber auch finanziell mit den von Ihnen erwähnten bisherigen 7 Millionen Euro. Ich sage "bisher".

In Ihrem Antrag steht etwas drin, das mich eigentlich dazu veranlasst, ihnen beiden zu sagen: Jetzt warten wir halt noch die paar Tage ab, bis die Ergebnisse der Arbeitsgruppe vorliegen. Es laufen Gespräche zwischen Innenministerium, Krankenkassen, Hilfsorganisationen und dem zuständigen Staatssekretär Eck. Ich weiß, dass er dabei ist und sich persönlich darum kümmert. Das hat er mir zugesichert. Das beruhigt mich. Ich bin mir deswegen sicher, dass es zu einem zufriedenstellenden Ergebnis kommen wird. Es kann nicht sein, dass überwiegend ehrenamtlich tätige Organisationen auf den Kosten sitzen bleiben. Dafür wird es eine Lösung geben. Darauf baue ich ganz fest. Aus diesem Grunde würde ich Ihnen raten, die Anträge zurückzunehmen, bis die Gespräche stattgefunden haben. Ansonsten werden wir die Anträge ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Roland Magerl für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Kollege Arnold, geschätzter Kollege Krahl, grundsätzlich haben Sie recht. Die persönliche Schutzausrüstung muss bezahlt werden. Das ist das A und O für die Rettungsdienste, für jeden Pflegedienst und für jeden am Patienten Beschäftigten.

(Beifall bei der AfD)

Mir fehlen in den beiden Anträgen die privaten Rettungsdienste und die privaten Pflegedienste. Wir haben deren Personal genauso zu schützen wie das des Rettungs-

dienstes eines öffentlichen Trägers. Wir wollen genauso wenig, dass zu Pflegende und zu Rettende durch Beschäftigte infiziert werden. Das ist ein großes Thema.

(Zuruf)

– Sie können mich im Nachhinein fragen und brauchen jetzt keinen Scheißdreck reden.

(Allgemeiner Widerspruch)

Nun komme ich zum Thema Finanzierung.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter!

(Zurufe)

Roland Magerl (AfD): – Wie gesagt, Sie haben danach das Wort, aber nicht jetzt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, bitte warten Sie. – Ich bitte Sie, Ihre Wortwahl zu mäßigen. Die Zwischenbemerkung gegenüber dem Kollegen war nicht so, wie es sich hier im Hohen Haus gehört. – Fahren Sie in Ihrer Rede fort.

(Zuruf)

Roland Magerl (AfD): Wie bereits angesprochen, ist der Antrag in großen Teilen obsolet, weil bereits drüber verhandelt wird, wie die Kosten getragen werden.

An dieser Stelle muss ganz klar das Thema der Beschaffung der persönlichen Schutzausrüstung angesprochen werden. Das hat bei der Staatsregierung von Anfang an gefehlt. Man kann sich durchaus mit großen Eiern hinstellen, einen auf Corona-Krisenmanager machen und sich feiern lassen. Aber wenn ich auf den Rettungsdienst blicke – ich bin von gestern auf heute selbst wieder eine Nachtschicht gefahren –, dann ist es nicht einmal mehr möglich, einen dritten Begleiter mitzunehmen, weil nach wie vor die persönliche Schutzausrüstung fehlt. Diese ist nicht vorhanden. Im Landkreis muss

sich ein Krisenmanagement abrackern, für Pflege- und Rettungsdienste persönliche Schutzartikel zu besorgen. Pflegedienstleitungen werden einbestellt, um mit einem Abholschein eine Schutzmaske abzuholen. Hierfür muss ein Antrag ausgedruckt werden, anschließend muss mit dem Antrag zum Feuerwehrhaus gefahren werden, um diese eine Schutzmaske abzuholen. Bis man wieder zurückkommt, war man eine Stunde auf der Straße unterwegs. Dadurch setzt man einen Nettopreis für eine Schutzmaske von 120 oder 130 Euro in die Welt. Da frage ich mich schon, wo wir momentan sind.

(Beifall bei der AfD)

Die Staatsregierung lässt sich feiern. Wir reden über Kosten für nicht vorhandenes Schutzmaterial. Privatanbieter und Rettungsdienste müssen sich selbst darum kümmern, die Sachen herzubringen. 2013 in der Risikoanalyse des Bundes ist bereits klar zutage getreten und zu Papier gebracht worden, dass solche Sachen angeschafft werden sollen. Das hat die Staatsregierung nicht gemacht. Das ist unverantwortbar.

(Beifall bei der AfD)

Zurück zu den Anträgen: Da die privaten Anbieter nicht mitberücksichtigt sind, werden wir die Anträge ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Gerald Pittner von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme wieder zur Sache zurück – zu den Anträgen der SPD und der GRÜNEN. Grundsätzlich ist die Zielrichtung richtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Zielsetzung teilen wir auch. Das, was in den Anträgen steht und gefordert wird, ist völlig in Ordnung. Das ist nicht das Problem. Wir stimmen nur deshalb nicht zu, weil das Ganze schon im Gesetz geregelt ist.

Wir haben eine Regelung über verschiedene Stufen. Diese kann man im Einzelfall angreifen und vielleicht auch für eher schlecht halten. Aber grundsätzlich sind erst einmal die Hilfsorganisationen selbst dafür zuständig, für ihre Ausrüstung zu sorgen. Dann gibt es einen Fonds – nicht mehr der "BayernFonds", der inzwischen namentlich anders belegt ist –, der bei entsprechenden weiteren Notwendigkeiten eingreift. Außerdem gibt es zuletzt noch den Staat.

Das heißt: Die Regelung ist gesichert, und zum jetzigen Zeitpunkt ist keine Entscheidung notwendig. Diejenigen, die in erster Linie stehen, die ungeschützt an der Unfallstelle sind und die keinen Mundschutz haben, benötigen natürlich nicht nur den besten Schutz, sondern haben aus meiner Sicht auch ein Anrecht darauf. Der Staat hat die Aufgabe, dies sicherzustellen.

Ich gebe Ihnen sogar recht, dass das vielleicht in der Anfangsphase suboptimal war und nicht optimal geklappt hat. Das war so, weil kein Mensch – weder hier in diesem Haus noch außerhalb, in Bayern oder in irgendeiner Behörde – vor drei oder vier Monaten damit gerechnet hat, dass eine Situation wie im März entstehen wird. Am Anfang gab es Schwierigkeiten. Deswegen sind verschiedene Organisationen auch selbst tätig geworden. Natürlich ist dies als Sondermaßnahme zu ersetzen – da stimme ich Ihnen zu.

Aber Gespräche laufen schon, und Sie haben es in Ihrem eigenen Antrag auch geschrieben: Aktuell befinden sich die Hilfsorganisationen in Gesprächen mit dem Innenministerium und den Krankenkassen, um die Finanzierung der bisher bestellten Materialien sicherzustellen. – Das Ganze ist doch am Laufen. Es gibt einen Beschluss des Ministerrats vom 28.04.2020, der sagt,

(Zuruf)

dass alle bis dahin erworbenen Sachen bezahlt werden. Für die Zukunft gibt es außerdem einen Berichtsauftrag an das Gesundheitsministerium, in dem zusammengestellt werden soll, was im Rahmen des Sonderfonds Corona eventuell weiter zu bezahlen ist. Der Bericht ist bis Ende Mai abzuliefern.

Refinanzierungsmöglichkeiten sind natürlich ebenfalls zu prüfen. Was spricht dagegen, eine Versicherung oder einen anderen Kostenträger heranzuziehen? Natürlich gibt es – das haben wir überall im Recht – auch eine Schadensminderungspflicht. Die Haushalte werden in Zukunft massiv belastet werden, auch der bayerische Staatshaushalt. Wir können nicht einfach das Geld jederzeit herausschmeißen, wenn es jemand anderen gibt, der verpflichtet und auch in der Lage ist, diese Kosten zu übernehmen.

Nichts anderes läuft im Moment. Nichts anderes hat die Staatsregierung beschlossen. Ich bin sicher, dass unser Innenminister hier eine vernünftige Lösung finden wird. Im Übrigen haben wir die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, und zwar fast aller Fraktionen, auch noch im Hintergrund, die dafür Sorge tragen werden, dass dies gemacht wird. Da habe ich überhaupt keine Bedenken.

Deswegen – und nur deswegen – werden wir die Anträge ablehnen. Den Inhalt teilen wir vollkommen, aber die Lösungen sind bereits gefunden. Es geht letztlich um die Ausführung. Wir müssen darauf achten, dass die Lösungen in vollem Umfang umgesetzt werden.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Für eine Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Horst Arnold von der SPD gemeldet.

Horst Arnold (SPD): Herr Kollege Pittner, nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich bis in den März hinein auch Vorsitzender des Arbeiter-Samariter-Bundes Bayern war und dass uns diese Problematik beschäftigt hat. Sie behaupten, rechtlich sei alles geregelt. Wenn das so ist: Warum bedarf es eines Gesprächs, das der Herr Staatssekretär demnächst – weil es verschoben worden ist – führen wird? Wie kann man denn in die-

sem Zusammenhang sagen, irgendwann kommt das Geld, wenn alle Investitionen auf Kante genäht sind?

Wenn ich mich mit den Geschäftsführern unterhalte, sagen diese: Weitere sechs Wochen halten wir diese Materialbeschaffung – jetzt in Höhe von 1,92 Millionen Euro – mit Eigenmitteln nicht durch. – Soll ich denen antworten: Herr Pittner sagt, es gebe Gespräche, und alles ist gut? – Nehmen sie dann Kredite auf? So kann man nicht mit gemeinnützigen Organisationen umgehen. So kann man sie nicht vertrösten.

Der Antrag ist richtig. Es ist nichts geschehen. Sie sollen wissen, was wir wollen, und sich nicht darauf hinausreden, dass eine Krankenkasse oder der Staat möglicherweise übernimmt. Die Leistung ist gefragt, und da muss der Staat eingreifen als Dank für die Vorleistungen.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Ich nehme erstens zur Kenntnis, dass Sie Vorsitzender des Arbeiter-Samariter-Bundes waren. Zweitens können Sie es den Gesprächspartnern ruhig sagen. Es ist richtig. Ich habe es gesagt. Ich stehe dazu, und ich bin sicher, dass meine Fraktionskollegen und die Kollegen der Regierungsfraktion CSU es auch durchführen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die Debatte so verfolgt, überlegt man eigentlich schon, ob man die Rede überhaupt noch halten soll. Da hört man von Herrn Dr. Huber und Herrn Pittner, es sei eigentlich alles in trockenen Tüchern und es müssten nur noch Gespräche geführt werden. Ich bin mal vorsichtig und führe doch aus, was in meinen Aufzeichnungen steht, um dem Ganzen vielleicht noch etwas Nachdruck zu verschaffen.

Die Corona-Pandemie hat uns allen riesige Entbehungen abverlangt. Aber genauso viel Solidarität ist daraus entstanden, und Zusammenhalt hat sich in der Bevölkerung gezeigt. Das ist ein ganz tolles Ergebnis aus diesen zurückliegenden Wochen.

Die bisherigen Lockerungen bringen viel Normalität zurück. Dennoch dürfen wir uns nicht in Sicherheit wiegen. Jetzt heißt es, vorzusorgen, mit Weitblick zu agieren und Missstände in den Blick zu nehmen. Genau da sind wir bei den Anträgen der GRÜNEN und der SPD.

Wie sich das Infektionsgeschehen entwickelt, wissen wir alle nicht. Das lässt sich nur vermuten. Vorbereitungen müssen aber jetzt getroffen werden. Für uns Freie Demokraten ist deshalb die schnelle und unbürokratische Refinanzierung der Kosten aller Leistungserbringer im Gesundheitssystem absolut unabdingbar.

Die bayerischen Rettungsdienste haben gerade am Anfang der Pandemie durch viel Eigeninitiative die Versorgung mit Schutzausrüstung für ihre eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichergestellt. Dabei mussten die Organisatoren oftmals extrem in Vorleistung gehen; wir haben von Spenden und Eigenmitteln gehört.

Durch die hohe Nachfrage und das geringe Angebot zu Anfang der Pandemie waren häufig überzogene Preise für die Schutzmaterialien zu zahlen; das ist leider bis zum heutigen Tag so. So hat das Bayerische Rote Kreuz in den letzten Wochen im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft aller Hilfsorganisationen Schutzausrüstungen zu einem Preis von 27 Millionen Euro geordert und verteilt – wir haben es schon von Herrn Arnold gehört. Leider wurden – und da komme ich wieder zu den Herren der Regierungsfraktionen – bisher nur 7 Millionen Euro zurückerstattet.

Wir Freie Demokraten können diesen Anträgen vollumfänglich zustimmen. Vor allem beim Rettungsdienst sprechen Sie ein drängendes Problem an. Wir dürfen die bayerischen Hilfsorganisationen nicht im Stich lassen. Die Staatsregierung muss schnell Klarheit und Rechtssicherheit schaffen. Entweder Sie erreichen eine Einigung mit den

Kassen – das ist bei den GRÜNEN nicht gewünscht –, oder vorzugsweise der Freistaat muss für die Kosten aufkommen.

Entscheidend ist, dass ein Ausgleich stattfindet. Dabei ist aber darauf zu achten, dass die Gelder nicht aus dem Budget für den Katastrophenschutz entnommen werden und somit den Organisationen im nächsten Jahr nicht mehr zur Verfügung stehen.

Lassen Sie mich schließen mit der Forderung nach Schutz zum Eigenschutz. Wir benötigen auch zukünftig hoch motiviertes und optimal geschütztes Personal in den Hilfsorganisationen. Für deren bisherige Arbeit können wir uns alle nur bedanken.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun für die Staatsregierung Herr Staatssekretär Gerhard Eck.

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst will ich es nicht versäumen, mich herzlich für die wirklich ganz ausgezeichnete Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen, mit den Blaulichtern insgesamt, zu bedanken. Ich war einige Male persönlich in den FÜGKs dabei. Ich habe die Telefonschaltungen alle mitgemacht. Wenn man die Stimmung betrachtet und die Redebeiträge hört, dann meint man, es gäbe große Gräben zwischen der Staatsregierung und den Blaulichtorganisationen. Ich kann hier aber voller Stolz und Freude sagen, dass eine allerbeste, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit gepflegt wird. Ich will mich für die Leistungen, die von allen Freiwilligen und allen Hauptberuflichen in diesen Organisationen erbracht worden sind aufs Allerherzlichste bedanken. Das war allergrößte Spitze! Danke schön!

(Beifall bei der CSU)

Ich will versuchen, mich an dieser Stelle nicht zu wiederholen. Viele Dinge sind angesprochen worden, die sachlich einwandfrei und richtig sind. Ich will aber deutlich zum Ausdruck bringen, dass der nachgezogene Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN einfach

fachlich falsch ist. Er ist definitiv falsch, weil das Gesetz einfach falsch interpretiert worden ist. Das, was hier auf den Tisch gelegt wird, sagt dieses Gesetz nicht aus. Ich will es nicht wiederholen, Herr Kollege Pittner hat es auf den Punkt gebracht. Wir haben gesetzliche Regelungen, und letztendlich sind die Institutionen, Organisationen und Verbände für die Finanzierung ein Stück weit mitverantwortlich.

Lieber Herr Kollege Arnold, persönlich und menschlich verstehen wir uns ganz gut. Ich darf das hier an dieser Stelle so sagen. Hier mit Ihrem Antrag aber auch nur im Ansatz zum Ausdruck zu bringen, dass Mitgliedsbeiträge oder Spendenbeiträge für die Finanzierung dieser Schutzausrüstung verwendet werden, das entbehrt schlicht und ergreifend jeder Grundlage. Das ist falsch.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

– Und es ist außerdem falsch, lieber Herr Kollege Arnold, dass die Staatsregierung aufgefordert werden muss zu reagieren. Das ist falsch. Ich persönlich habe vor über drei Wochen mit den Hilfsorganisationen dieses Thema besprochen. Ich habe sofort reagiert, da sind wir noch gar nicht kontaktiert worden, lieber Herr Kollege Arnold. Es gab sofort ein Gespräch mit den Blaulichtern und den Kassen. Ergebnis war, dass jeder Hausaufgaben mitgenommen hat. Letzte Woche war bereits ein Termin angesetzt, der abgesagt worden ist, weil die Hausaufgaben bis dahin noch nicht abgearbeitet waren. Kein Vorwurf, überhaupt nicht. Heute und hier aber zu sagen, es ist nicht gehandelt worden, das ist schlichtweg falsch, lieber Herr Kollege Arnold. Das kann ich so nicht stehen lassen.

(Zuruf)

Außerdem sehen Sie, dass die Staatsregierung den Hilfsorganisationen mit einem starken Rückenwind beisteht. 7 Millionen Euro sind bereits als Vorschuss bezahlt worden. Außerdem, lieber Herr Kollege Arnold und all diejenigen, die das hier kritisch betrachten: Wir wollen gerade der Situation entgegentreten, dass wir in sechs, acht Wochen oder einem Vierteljahr hier stehen und über die Einsetzung von

Untersuchungsausschüssen diskutieren. Einer Staatsregierung muss doch genehmigt werden, dass wir die Organisationen bitten, Auskunft darüber zu geben, wofür die Produkte überhaupt eingesetzt wurden. Wie viele sind in welcher Qualität besorgt worden? Welche Institution hat diese überhaupt gebraucht?

Außerdem haben die einzelnen Organisationen – und das müssten Sie doch wissen, Herr Kollege Arnold – eigene Betriebe zu versorgen. Da gibt es Altenheime, da gibt es Pflegeheime und vieles mehr. Bekanntermaßen müssen diese Organisationen ihre Schutzausrüstung selbst besorgen und selbst finanzieren. Deshalb ist es notwendig, dass wir eine Aufstellung darüber bekommen, wer hat was besorgt und wer hat was geliefert. Daraufhin werden wir die Entscheidung treffen, wer, wie, wann, wo und was finanziert wird.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind mit den Hilfsorganisationen auf Augenhöhe im Gespräch. Deshalb: Der GRÜNEN-Antrag interpretiert falsch. Der SPD-Antrag ist falsch, weil wir nicht aufgefordert werden müssen, hier an dieser Stelle etwas zu unternehmen. Die Gespräche laufen. Sobald wir und auch die Blaulichtorganisationen die Hausaufgaben abgearbeitet haben, werden wir die entsprechenden Entscheidungen treffen. Aus diesem Grund will ich noch einmal wiederholen, was Herr Kollege Huber gesagt hat: Ziehen Sie den Antrag zurück, dann haben wir kein Problem damit. Oder, wenn Sie den Antrag nicht zurückziehen, dann bitte ich, beide Anträge abzulehnen, weil sie falsch sind.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 18/7819 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die AfD. Ich bitte, Stimmenthaltungen anzuzeigen. – Das ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/7844 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD und die FDP. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER und die CSU. Stimmenthaltungen bitte ich anzuzeigen. – Das ist Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Die AfD hat kein Votum abgegeben. Kann das sein? War das das Votum der AfD-Fraktion, Stimmenthaltung?

(Zuruf)

– Also wird die AfD zu den Gegenstimmen gerechnet. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.